

<https://ansage.org/macron-macht-ernst-den-franzosen-drohen-impfpflicht-und-digitale-kontrolle/> 2.5.2022

Macron macht ernst: Den Franzosen drohen Impfpflicht und digitale Kontrolle

Kaum wiedergewählt, hatte der französische Präsident Emmanuel Macron letzte Woche schon bereits die ersten Schritte eingeleitet, um die französische Bevölkerung noch enger an die Kandare zu nehmen: Neben der [Ankündigung einer verpflichtenden Viertimpfung für alle geimpften Franzosen](#) ab September wurde auch ein Erlass unterzeichnet, der die Einführung eines „Service zur Gewährleistung der digitalen Identität“ erlaubt. Da die neuen Beschlüsse keine 48 Stunden nach Macrons Sieg in der Stichwahl öffentlich bekannt wurden, dämmerte auch dem letzten Franzosen: Jetzt ist Schluss mit Wahlkampf; Macron ist fest im Sattel – und da er ohnehin nicht mehr wiedergewählt werden kann, braucht er auch keine Rücksicht mehr zu nehmen.

Deshalb scheren ihn nun datenschutzrechtliche Bedenken offenbar kein bisschen mehr – was sich insbesondere an seinen Vorhaben zur Regulatorik privater Daten (getarnt als „Service“) zeigt. Deren Bündelung zur digitalen Identität soll durch eine App erfolgen, mit der die Informationen biometrischer Ausweise leichter zusammengefasst und digitalisiert werden können, um öffentliche und private Dienstleistungen nutzen zu können. Hierzu werden Name, Vorname, Geburtsdatum, Foto, Postanschrift und E-Mail-Adresse gespeichert – all dies (zunächst) natürlich „freiwillig“, und vorerst auch nur für Besitzer des neuesten französischen Personalausweises. Zudem ist ein Smartphone mit NFC-Chip erforderlich. Laut Regierungsangaben wird die App „elektronische Zertifikate mit den einzigen Identitätsattributen generieren, deren Übermittlung (...) an Dritte seiner Wahl notwendig ist.“ Damit wird es, wenn auch vorerst nur Auserwählten, möglich sein, in Übereinstimmung mit der [neuen digitalen Identität der EU](#) den eigenen Lebensalltag zu „organisieren“.

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburger-Flughafen-Einchecken-per-Gesichtserkennung,gesichtserkennung132.html>

28.4.2022

Hamburger Flughafen: Einchecken per Gesichtserkennung

Am Hamburger Flughafen können Fluggäste von Lufthansa, Swiss und Austrian Airlines jetzt per biometrischer Gesichtserkennung einchecken.

Das gaben die Leiterin Passagier- und Gepäckmanagement am Hamburg Airport, Mirjam Fröhlich, und Falk Durm, Head of Ground & Airport Experience bei der Lufthansa Group, am Donnerstag am Flughafen bekannt. Dafür müssen sich Mitglieder des Treueprogramms Miles & More einmalig mit ihrem Reisepass registrieren. Dann können sie am Flughafen Hamburg und anderen teilnehmenden Airports die zentrale Sicherheitskontrolle und ausgeschilderte Boarding Gates kontaktlos passieren - ohne Bordkarte oder Smartphone.

Registrierung freiwillig

Bisher gab es das Angebot bereits an den Drehkreuzen Frankfurt, München und Wien. Den Angaben zufolge nutzen bereits mehr als 50.000 Kundinnen und Kunden der Lufthansa die biometrische Gesichtserkennung. Die Registrierung ist kostenlos und freiwillig.

Datenschutz angeblich gewährleistet

Fotos und andere Identifikationsmerkmale werden den Angaben zufolge verschlüsselt und sicher gespeichert. Das System arbeite unter Beachtung der geltenden Datenschutzgesetze und auf Basis der neuesten Gesichtserkennungstechnologie, hieß es.

<https://wetzlar-kurier.de/2180-ampel--ieinfach-nur-irre--14-jahrige-sollen-ihr-geschlecht-selbst-bestimmen/> April 2022

Autor: Hans-Jürgen Irmer
Kreisvorsitzender der CDU Lahn-Dill
Herausgeber Wetzlar Kurier

Achtung AMPEL

Einfach nur irre –
14-Jährige sollen ihr Geschlecht selbst bestimmen

Unterhalb des Radars der öffentlichen Wahrnehmung gab es in der letzten Legislaturperiode schon einmal den Versuch von Grünen und FDP, dass künftig 14-Jährige für sich ohne Zustimmung der Eltern entscheiden können, welchem Geschlecht sie sich zugehörig fühlen! Dieser irre Versuch scheiterte an den Stimmen von CDU/CSU und der SPD. Die Union sprach sich aus tiefer Überzeugung dagegen aus, der SPD, da mit der Union in der Koalition, blieb nichts anderes übrig als mitzustimmen, und man darf gespannt sein, was aus den Koalitionsgesprächen der neuen Partner inhaltlich herauskommt.

Die Stellungnahmen von Kinder- und Jugendpsychiatern seinerzeit waren vergleichsweise klar. Man hat die Gesetzentwürfe von FDP und Grünen scharf kritisiert, denn eine so gefühlte neue geschlechtliche Identität hat erhebliche Auswirkungen auf die Psyche und Entwicklung junger Menschen. Welche Konflikte mit Elternhäusern vorprogrammiert sind, kann man sich unschwer ausmalen. Kritisiert wurde in diesem Kontext auch, dass ein Anspruch auf eine Hormontherapie festgelegt werden soll. Ob sinnvoll oder nicht würden dann die 14-Jährigen entscheiden, nicht die Eltern, nicht der Arzt.

Kritik im Übrigen auch von feministischen Verbänden, die fürchten, dass Schutzräume für Frauen missbraucht werden, indem Jugendliche eigentlich männlichen Geschlechtes sich zur Frau erklären, um so beispielsweise Zutritt zu Frauenduschen oder Frauenhäusern zu bekommen. Im Übrigen hat in Baden-Württemberg sinnigerweise ein männlicher Grüner zu Recht gegen dieses sogenannte

Selbstbestimmungsgesetz protestiert, indem er bei einer Listenaufstellung erklärte, er fühle sich als Frau und deshalb wolle er den von den Statuten her vorgesehenen Frauenplatz einnehmen. Das war dann den Grünen vor Ort doch zu viel. So viel geschlechtliche Selbstbestimmung wollte man denn doch nicht. Also, liebe Grüne, wenn man A sagt, muss man auch B sagen.

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/kindergeld-ins-ausland/>
1.5.2022

Deutschland überweist 459 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland

BERLIN. Die Kindergeldzahlungen ins Ausland haben im vergangenen Jahr ein neues Rekordhoch erreicht. 2021 wurden demnach 459 Millionen Euro an Kindergeldberechtigte auf ausländische Konten ausgezahlt, heißt es in einer Auflistung der Bundesagentur für Arbeit, die der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer angefragt hatte und die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt. Im Jahr zuvor hatten deutsche Behörden [fast 430 Millionen Euro Kindergeld ins Ausland](#) überwiesen. 2015 (frühere Daten liegen nicht vor) lag die Summe noch bei 261 Millionen Euro.

Im März 2022 wurde laut den Daten für 328.985 Kinder im Ausland Kindergeld ausgezahlt. Vor zwölf Jahren waren es noch 95.093 Kinder. Die Zahl der im Ausland lebenden Kinder, die Kindergeld aus Deutschland beziehen, ist demnach seit 2010 um rund 345 Prozent gestiegen.

.....

<https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/jennifer-morgan-turbo-einbuengerung-fuer-baerbocks-greenpeace-frau-79917606.bild.html>
28.4.2022

Zwei Monate nach Amtsantritt der Ampel: Turbo-Einbürgerung für Baerbocks Greenpeace-Frau

So schnell KANN es gehen: Gut zwei Monate nach Amtsantritt der Ampel erhielt Ex-Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan (56) am 28. Februar die

nötige Einbürgerungsurkunde, um das Amt der neuen Staatssekretärin für weltweite Klimaverhandlungen im Auswärtigen Amt antreten zu können.

„Für die Ex-Greenpeace-Chefin gibt es die deutsche Staatsbürgerschaft als Goodie auf die gut bezahlte Stelle obendrauf“, sagt CSU-Geschäftsführer in der Unionsfraktion, Stefan Müller (46), zu BILD. „Normale Einbürgerungen dauern Jahre, bei Jennifer Morgan wird das Verfahren im Eiltempo durchgepeitscht. Das ist auch deshalb fragwürdig, weil sie als Chefin für die zahlreichen fragwürdigen Aktionen von Greenpeace verantwortlich war.“

Einen neuen Job sicherte sich unterdessen auch Baerbocks Mann, der PR-Manager Daniel Holefleisch (49): Er fängt zum 1. Mai als Partner bei der Polit-Beratung MSL an.

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/bundestagsabgeordnete-bekommen-mehr-geld/>

Bundestagsabgeordnete bekommen mehr Geld

BERLIN. Die Abgeordnetendiäten des Deutschen Bundestages erhöhen sich ab Juli um rund 300 Euro auf dann monatlich 10.323,29 Euro, wie Parlamentspräsidentin Bärbel Bas (SPD) in einem Schreiben bekannt gab. Diäten des Bundestages sind seit kurzem an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst, wie sie das Statistische Bundesamt ermittelt. Der Abgleich erfolgt jeweils zum 1. Juli. Für dieses Jahr machte das Amt eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 3,1 Prozent aus.

Je nach Amt und Funktion eines Abgeordneten im parlamentarischen Betrieb kann sich dessen Grunddiät stark erhöhen. Daneben erhält jedes der 736 Mitglieder eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von derzeit 4.583,39 Euro, mit der unter anderem ein Wahlkreisbüro finanziert werden kann. Ein möbliertes Büro des Bundestages wird gestellt. Nicht berücksichtigt sind dabei Sachkosten, die Abgeordnete jährlich in Höhe von bis zu 12.000 Euro geltend machen können.

Darüber hinaus erhalten Abgeordnete zahlreiche geldwerte Vorteile wie die kostenfreie Benutzung des Fahrdienstes des Deutschen Bundestags oder einer Bahncard 100 für die 1. Klasse. Inlandsflüge, sofern sie einen parlamentarischen Bezug haben, werden ebenfalls erstattet. (JF)

<http://ansage.org/handynutzung-nur-mit-digitalem-identitaetsnachweis-afrika-als-testlabor-fuer-den-great-reset/> 28.4.2022

Handynutzung nur mit digitalem Identitätsnachweis: Afrika als Testlabor für den Great Reset

Der Trend zur Schaffung des gläsernen, in all seinem Handeln erfassbaren Bürgers setzt sich auch in Afrika fort: In Nigeria können seit diesem Monat 73 Millionen der über 200 Millionen Einwohner „aus Sicherheitsgründen“ [keine Anrufe mit ihren Mobiltelefonen mehr tätigen](#), weil sie ihre SIM-Karte nicht mit der „nationalen Identifikationsnummer“ (NIN) verknüpfen lassen haben, auf der biometrische Daten gespeichert sind.

Diese wird fortan jedoch benötigt, um wählen zu dürfen, ein Bankkonto zu eröffnen, die Steuererklärung abgeben zu können, eine Gesundheitsversicherung abschließen oder den Führerschein beantragen zu können. Vor zwei Jahren hatte die nigerianische Telekommunikationsbehörde angekündigt, alle aktiven Mobiltelefone mit der NIN zu verknüpfen. Die dazu gesetzte Frist wurde mehrfach verlängert, lief aber Ende März 2022 endgültig aus.

Die Regierung rechtfertigt die angebliche Notwendigkeit der seit fast zehn Jahren existierenden NIN mit dem Kampf gegen Kriminalität und militante Gruppen im Land.

Auch in anderen afrikanischen Staaten wie Sambia, Kenia oder Ghana gibt es bereits ähnliche Mechanismen, um die Verbindung von SIM-Karten mit nationalen Datenbanken zu erzwingen.

Westafrika ist übrigens seit langem ein [Tummelplatz für die Impfallianz GAVI](#) und die Bill-und Melinda-Gates-Stiftung: Im Juni 2020 verkündete

GAVI, dass man – mit Hilfe des Partnerunternehmens Mastercard – sein sogenanntes „Wellness-Pass-Programm“ in Westafrika mit einem Corona-Impfprogramm koppeln wolle.

Auch das Programm „[ID 2020](#)“, an dem GAVI und Microsoft maßgeblich mitwirken, wird vor allem im globalen Süden vorangetrieben – mit insbesondere Schwarzafrikanern als Versuchskarnickel. Hinter alledem steht die Absicht der möglichst umfassenden Speicherung aller nur denkbaren persönlichen Daten. Die Serverfarmen, auf denen diese gespeichert werden, gehören [größtenteils den US-Big-Tech-Giganten Google, Amazon und Microsoft](#)